

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10806, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Einzelplan 06 Kapitel 06 33 wird der Soll-Ansatz des Titels 684 04 „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern“ um 1 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Service- und Beratungsstelle soll zur Entwicklung tragfähiger Förderstrukturen für Migrantenorganisationen beitragen. Hierzu soll sie zunächst in enger Zusammenarbeit mit bundesweit agierenden Migrantenorganisationen die Expertise und weitere Vernetzung der Migrantenorganisationen in unsere Gesellschaft fördern. Insbesondere soll die Stelle bei Anträgen für Projektförderungen und bei der Etablierung nachhaltiger Verbandsstrukturen unterstützen.

Die Migrantenorganisationen leisten seit Jahrzehnten wichtige zivilgesellschaftliche, sozial- und integrationspolitische Arbeit in unserem Land. Sie haben qualitativ und quantitativ einen guten Zugang zu den verschiedenen Zielgruppen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die in unserem Land mittlerweile 15,96 Millionen Menschen umfassen (Quelle: Statistisches Bundesamt 2012).

Die thematischen Handlungsfelder und Angebote der Migrantenorganisationen sind breit gefächert: Sie leisten jugend-, familien- und frauenpolitische Arbeit, sie leisten politische (Erwachsenen-)Bildung und fördern insgesamt die gesellschaftliche Partizipation und Vernetzung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Darüber hinaus erarbeiten Migrantenorganisationen Strategien zur interkulturellen Öffnung von Institutionen und Verbänden, sie bieten Kurse zum Deutschlernen und zur Förderung von Mehrsprachigkeit an und beteiligen sich an Maßnahmen zur Extremismusprävention.

In diesen Handlungsfeldern vertreten die Migrantenorganisationen nicht nur die Interessen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, sie sind auch Ansprechpartner für die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie für Verwaltungen, Wissenschaft oder zivilgesellschaftliche Partner.

Allerdings kritisieren die Migrantenorganisationen seit Jahren das Missverhältnis, dass von ihnen einerseits – gerade auch von der Bundesregierung – viel Engagement und Arbeit bei integrationspolitischen Themen eingefordert wird. Sie sollen unter anderem in ihre jeweilige Zielgruppe mit Migrationshintergrund hineinwirken, Projektideen entwickeln oder Expertisen für die Politik erarbeiten, so etwa für den Nationalen Aktionsplan Integration 2012. Andererseits stehen ihnen für diese Anforderungen auch im Bundeshaushalt wenige und unstete Mittel zur Verfügung, sodass die vielschichtige Arbeit überwiegend ehrenamtlich geleistet wird.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hält die Migrantenorganisationen seit Jahren hin und weigert sich, die Entwicklung tragfähiger Strukturen zu unterstützen – ganz entgegen den selbst gesteckten Zielen im Nationalen Aktionsplan Integration. Dort heißt es: „Einen Schwerpunkt legt der Bund auf Maßnahmen zur Strukturveränderung unter anderem durch interkulturelle Öffnung der Strukturen, gezielte Angebote für Migrantinnen und Migranten sowie die Unterstützung von Migrantenorganisationen.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Nationaler Aktionsplan Integration, Berlin 2011, S. 18).

Die Migrantenorganisationen fühlen sich deshalb ohne professionelle Unterstützungsstruktur zunehmend überfordert (vgl. dazu die Ergebnisse des vom Bundeshaushalt 2012 in Kapitel 06 33 Titel 684 04 geförderten Projektes „Ressourcen stärken – Zusammenarbeit intensivieren – Partizipationsmöglichkeiten ausbauen: Verbesserung der Mitgestaltungsmöglichkeiten für bundesweit tätige Migrantenorganisationen“; Träger: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband).